

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 26

Artikel: Dialog zwischen Christentum und Marxismus

Autor: Csizmas, Michael

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

7. Jahrgang, Nr. 26

Erscheint alle zwei Wochen

Bern, 21. Dezember 1966

Dialog zwischen Christentum und Marxismus

Von Michael Csizmas

Stalin war ein Mann des Monologs. Er befahl in ganz Ost- und Mitteleuropa die kirchliche Hierarchie zu dezimieren, und zwang die verschiedenen Konfessionen zu einem Katakompendasein. Auf Grund dieser Erfahrungen wurde die kommunistische Koexistenz-Parole von den Kirchen im allgemeinen sehr skeptisch betrachtet und von seiten Papst Pius XII. als «taktisches Manöver» abgelehnt. Diese Epoche des «kalten Friedens» und der «Koexistenz in Furcht» führte zu einer eisigen Lähmung der kirchlichen Ost-West-Beziehungen.

Kontakte seit Chruschtschew

Chruschtschews kirchenpolitische Konzeption war von derjenigen Stalins verschieden. Er hielt zwar an der grundsätzlichen negativen Haltung der KPdSU gegen die Religion fest, erlaubte aber 1961 dem Moskauer Patriarchat den Beitritt zum Weltrat der Kirchen und bewilligte die Entsendung eines Beobachters der russischen orthodoxen Kirche zum Vatikanum. Seit diesen Jahren verzichtete die sowjetische Presse auf die übliche Bezeichnung des Weltkirchenrates und

des Vatikans als der «Vollzieher der politischen Ideen des Imperialismus». Inzwischen traten Chruschtschew-Schwiegersohn Adschubei samt Frau und der sowjetische Aussenminister Gromyko in die Reihen der Vatikan-Pilger. Im Januar 1967 erwartet man wahrscheinlich das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny beim Heiligen Stuhl.

Das «dritte Lager»

Die Bedingungen eines Dialogs reiften nun zusehends. In der Verfolgung ihrer neuen Politik suchten die Kommunisten auf vielerlei Weise Kontakte mit den Christen aller Welt herzustellen. Georg Lukacs, der marxistische Philosoph, wies schon 1957 darauf hin, dass es im heutigen Protestantismus und Katholizismus ein «drittes Lager» gebe; im katholischen Lager eine Gruppe von sozialen Reformatoren, die von der «Bewegung zum Sozialismus» ergriffen seien, und ebenso eine Gruppe von protestantischen Theologen und Philosophen, die den Marxismus

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Nummer

Aus anderer Sicht 4/5

Fragen von Religion und Kirche in der Darstellung der «Iswestija».

Wir über uns 6

Eine satirische Darstellung der ungarischen Presse über die ungarische Presse.

Befehlsausgabe für Neutrale 7

Wie Moskau die Pflichten der neutralen Staaten definiert.

Bücher 8/9

Gelesen und besprochen.

Gemischte Meldungen 11

«Grosszügig»

In Jugoslawien ist darauf verzichtet worden, gegen Rankovic, Stefanovic und 16 andere ehemalige hohe Funktionäre der Geheimpolizei UDBA gerichtlich vorzugehen.

Rankovic war im Juli als Vizepräsident Jugoslawiens entlassen worden. Er hatte bis zu diesem Zeitpunkt praktisch die ganze UDBA, der er früher vorgestanden war, unter Kontrolle gehalten. Stefanovic, bis zur gleichen ZK-Sitzung dieses Sommers nomineller Chef dieser Institution, war gleichzeitig abgesetzt worden. Anschliessend lief eine umfassende Säuberung in der UDBA an.

Die Entmachtung Rankovics und seiner äusserst mächtigen Einflussgruppe war unter anderem damit begründet worden, dass er mit illegalen Mitteln seine persönliche Machtergreifung in Jugoslawien vorbereitet hatte, dass er (und andere UDBA-Führer) den Staatssicherheitsdienst missbräuchlich, ungesetzlich und zu eigenen Zwecken verwendet hatte, dass er sich mit seinen Anhängern den Parteibeschlüssen widersetzt und insbesondere die Reformen sabotiert hatte.

Das war die Parteidarstellung. Und wenn sie stimmte, dann hatte sich Rankovic der Verschwörung gegen den Staat und einer Reihe weiterer Delikte schuldig gemacht.

In den folgenden Monaten wurde eine grosse Untersuchung über die gesamte UDBA-Tätigkeit eingeleitet. Dabei kamen nach jugoslawischen Presseberichten glatte Morde zum Vorschein (u. a. an Angehörigen der albanischen Minorität). Ferner stellte sich heraus, dass Rankovic Tito selber bespitzelt hatte, so wie er jedermann



Der Moskauer Patriarch empfängt einen Vertreter des Patriarchats von Konstantinopel.

Fortsetzung auf Seite 10

Dialog

Fortsetzung von Seite 1

ernst nähmen. Beide Gruppen würden zwar von den reaktionären Kräften bekämpft und unterdrückt, gewinnen aber immer stärkeren Einfluss und immer stärkeres Echo. Hier sah Lukacs Anknüpfungsmöglichkeiten für ein Gespräch zwischen Kommunisten und Christen, und er empfahl, entgegen den starren Parteidogmatikern, die er als «Sektierer» und «Defaitisten» bezeichnete, solche Diskussionen eifrig zu pflegen und auszunutzen.

Kirchliche Ziele im Osten ...

Initiativen zum Gespräch wurden bald auf beiden Seiten, sicherlich auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen, ergriffen. Auf katholischer Seite wurde die Dialog-Formel mit der Enzyklika «*Pacem in terris*» von Johannes XXIII. aktuell. Papst Paul VI. entwickelte sie in seiner Enzyklika «*Ecclesiam suam*» weiter. Darin war von drei Fronten die Rede, an denen die katholische Kirche den Dialog führen soll: mit den anderen Christen, mit den nichtchristlichen Religionen, mit den Ungläubigen. Die Übertragung des religiösen apostolischen Dialogs auf politische direkte oder indirekte Zusammenarbeit wurde abgelehnt. Das richtete sich besonders gegen die linkskatholischen Gruppen und Organe, die mit den kommunistischen Parteien kontaktieren.

Kardinal König, der Leiter des Atheismus-Sekretariats gab am 22. Oktober 1965 ein Interview, in dem er offen und klar erklärte, dass die Kirche vom Dialog nicht nur einen schöngestigten Gedankenaustausch und Plauderei, sondern gewisse Erleichterungen für den Christen in Osteuropa erwartet. Sein Minimalprogramm besteht aus folgenden Thesen: Die Kirche müsse in Osteuropa den Mittelweg zwischen Kampf und Unterwerfung suchen. Es dürfe weder offenen Kampf noch Unterwerfung geben. Man müsse mit dem

Ziel verhandeln, den ordnungsgemäßen Ausbau der Hierarchie zu sichern, Priester nachwuchs zu gewährleisten, der Kirche Lebensraum zu verschaffen, einschließlich der Freiheit für religiöse Schriften. Koexistenz definierte Kardinal König als ein «Miteinanderleben in Gegensätzen», das in den volksdemokratischen Ländern eine Tatsache sei. Auch andere christliche Pressestimmen äußern direkt oder indirekt, dass der Dialog den Kirchen in den osteuropäischen Staaten die lebensnotwendige «Luft» verschaffen müsse. Es ist nur höchst verwunderlich zu sehen, wie manche kommunistischen Parteien, wie beispielsweise die sowjetzionale SED, diese elementaren Wünsche der Kirchen nur als taktisches Manöver verstehen können.

... und KP-Ziele im Westen

Auch seitens der westlichen kommunistischen Parteien werden mit dem Dialog sehr konkrete Ziele verfolgt, entweder als Vorstufe oder schon Bestandteil einer bestimmten politischen Aktion. Die wichtigste Rolle spielt hier die KP Italiens. Seit Ende der fünfziger Jahre begann in der KPI ein Neuorientierungsprozess, und wie Generalsekretär Luigi Longo im Juni dieses Jahres erklärte, gibt es Ansätze, die «einen fruchtbaren Boden für den Dialog, die Konfrontation und auch die Begegnung mit den katholischen Werktagen und Demokraten bieten. Wir sind bereit, über diese Perspektive ohne Voreingenommenheit oder Dogmatismus zu diskutieren, denn wir vertrauen auf den Beitrag, den andere geistige Kräfte und vor allem die katholischen Kräfte zur Errichtung und Gestaltung der neuen Gesellschaft leisten können.» Damit ist von marxistischer Seite in Italien Sinn und Zweck des Dialogs ziemlich eindeutig klar gelegt.

In Bemühungen um Werbung von neuen Partnern behauptete auch Santiago Salvarez, eine führende Persönlichkeit der KP Spaniens in einer Erklärung im Juni 1965: «Die Katholiken sind

heute unsere Hauptverbündeten im Kampf gegen Franco. Das ist die Wirklichkeit. Der wirkliche demokratische und revolutionäre Volkskampf setzt also die Beteiligung der Millionen von Katholiken voraus.» Er unterstrich sein Angebot sogar mit einem «grosszügigen» Versprechen: «Für die Kommunisten ist ferner völlig klar, dass es im sozialistischen Spanien weder für Zwang noch für administrative Massnahmen gegen religiöse Glaubensbekenntnisse, insbesondere gegen den Katholizismus Platz geben wird.» Waldeck Rochat, der Generalsekretär der KP Frankreichs, verkündete im März dieses Jahres ebenfalls das lebhafte Interesse seiner Partei am Dialog und an gemeinsamen Aktionen der Kommunisten und Christen «im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit, für die Freiheiten, den Frieden und den Sozialismus.»

Auch in Lateinamerika bemühen sich neuerdings die kommunistischen Parteien in der letzten Zeit um Kontakte mit Katholiken, wie Orlando Millas, ein leitender Funktionär der KP Chiles in einem Artikel im Mai 1965 erörterte: «Wir Kommunisten freuen uns aufrichtig darüber, dass wir innerhalb einer allgemeinen Massenbewegung Schulter an Schulter mit den Katholiken kämpfen. Der kommunistische Stil des ideologischen Kampfes erleichtert das Zusammensehen aller Schichten der Werktagen, schweißt die antiimperialistischen Kräfte zusammen.»

Entsprechend des vermehrten Interesses auf beiden Seiten finden seit Ende der fünfziger Jahre in den verschiedenen Staaten Westeuropas Konferenzen, Tagungen und Treffen statt, die ohne Preisgabe der eigenen Standpunkte die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen bezo gen.

Das Salzburger Gespräch

Das erste eigentlich grosse internationale Gespräch zwischen Christentum und Marxismus kam in der Veranstaltung der Münchner Paulus-Gesellschaft vom 29. April bis 2. Mai 1965 in Salzburg zustande, dessen Echo von Washington bis Moskau reichte. Dr. Erich Kellner, der Geschäftsführer der Paulus-Gesellschaft hat das Protokoll der Salzburger Tagung jetzt unter dem Titel «Christentum und Marxismus — heute» beim Europa Verlag (Wien-Frankfurt-Zürich) veröffentlicht.

Die Paulus-Gesellschaft wurde im Jahre 1955 von dem katholischen Theologen Dr. E. Kellner gegründet. Ihr gehören gegenwärtig nahezu 600 christliche Universitätsprofessoren und Dozenten an. In den drei Tagen der Salzburger Tagung wurden die Problemkreise «Mensch und Religion», «Die Zukunft der Menschheit», und «Ideologische Koexistenz?» erörtert. Christen und Marxisten, an die 240 Professoren und Dozenten, trafen sich hier zum offenen, freundschaftlichen Dialog. Dazu Kardinal Ottaviani: «Die Wissenschaftler und Theologen, die diesen Dialog führen, sind Persönlichkeiten von erprobtem Geist, Intelligenz und Klugheit, ihre Haltung ist exemplarisch.»

Die sowjetische Tass begrüßte die Tagung: «In einer Zeit, da verschiedene Persönlichkeiten erklären, dass ein Dialog zwischen Marxisten und Katholiken unmöglich sei, erscheint die Salzburger Erklärung über die Möglichkeit eines solchen Dialogs als ein überaus wichtiges Dokument.»



Der Dialog beginnt: Die russisch-orthodoxen Konzilbeobachter Kotiljarow und Borowoj bei Papst Johannes XXIII.



Zu den marxistischen Philosophen, die den Dialog befürworten, gehört der Franzose Roger Garaudy (Paris).

ment.» Und New York Times kommentierte: «Der Sprecher der KPF, Roger Garaudy, anerkannte, dass die Welt der Zukunft vom Marxismus mehr erwarte als bisher, und auch, dass die Welt «um vieles ärmer sein würde, wenn sie in Unkenntnis so grosser Männer bliebe, wie dies der heilige Johannes vom Kreuz war.»

Obwohl sich hier beide Partner der abstrakten Sprache der Philosophie und Theologie bedient haben, fehlte es nicht an Konfrontation der Ideen. Der Moraltheologe Prof. M. Reding betonte die Notwendigkeit des Gespräches zwischen Christentum und Marxismus, denn der «Krieg ist keine menschliche Form der Auseinandersetzung». Das Verhältnis von Basis und Ueberbau sei der innerste Kern des Marxismus. Aber Religion sei kein Ueberbauphenomen — entgegen Marx' Meinung. Der marxistische Gedanke, dass der Mensch sich selbst durch Arbeit erzeuge, sei widerspruchsvoll, da Arbeit bereits spezifisch menschlich sei und damit die Menschwerdung nicht erklären könne.

Um den Wettbewerb der Ideen

Prof. Roger Garaudy, Chefideologe der KPF, erklärte, der Kommunismus könne in der klassenlosen Gesellschaft auf weltliche Weise verwirklichen, was Marx den «menschlichen Grund des Christentums» nannte. All das Schöne, was die Menschen im Namen Gottes geträumt hätten, liege nicht hinter uns, sondern vor uns, als eine Aufgabe, die zu erfüllen sei. Hierbei sei eine Einigung von Marxisten und Christen möglich. Prof. J.-Y. Calvez meinte: «Aus Moskau kommt die These: es gibt keine ideologische Koexistenz; aus Paris wird versichert, ideologische Divergenzen könnten zurückgestellt werden. Die Christen fühlen sich wohler bei der ersten These; internationale friedliche Koexistenz, ohne Preisgabe des ideologischen Kampfes; sie bedauern freilich, dass dieser Kampf innerhalb der Sowjetunion mit den Mitteln des Staates geführt wird und nicht im freien Wettbewerb der Ideen.» Die Toleranz werde erst möglich, wenn die Politik nicht absolut an eine Weltanschauung gebunden sei. Er frage, ob die Marxisten bereit seien, eine solche Fixierung ihrer Politik aufzugeben. Ga-

raudy erwiederte, man müsse verstehen, «was uns gemeinsam ist und was uns trennt». Die Christen forderte er auf, das Problem der angeblichen Garantie der Freiheit durch das Recht auf Privatbesitz an den Produktionsmitteln nochmals zu durchdenken. Dieses Privateigentum sei kein Garant der Freiheit.

Prof. Karl Rahner erläuterte das Christentum als eine Religion der «absoluten Zukunft». Das Christentum schützt durch seine absolute Zukunftshoffnung den Menschen vor der Versuchung, die berechtigten innerweltlichen Zukunftsbestrebungen mit solcher Gewalt zu betreiben, dass jede Generation brutal zugunsten der nächsten und so fort geopfert und so die Zukunft zum Moloch werde, vor dem der reale Mensch für das nie wirkliche, immer anständige Ideal geschlachtet wird. Der Wiener Marxist Prof. Hollitscher legte sodann dar, dass die wesentlichen Divergenzen weltanschauliche Grundfragen betreffen. Das Gespräch über diese Divergenzen sei nötig um des gegenseitigen Vertrauens willen und um den für unser aller Leben entscheidenden Raum der Konvergenzen zu bestimmen.

Suche nach einer Formel

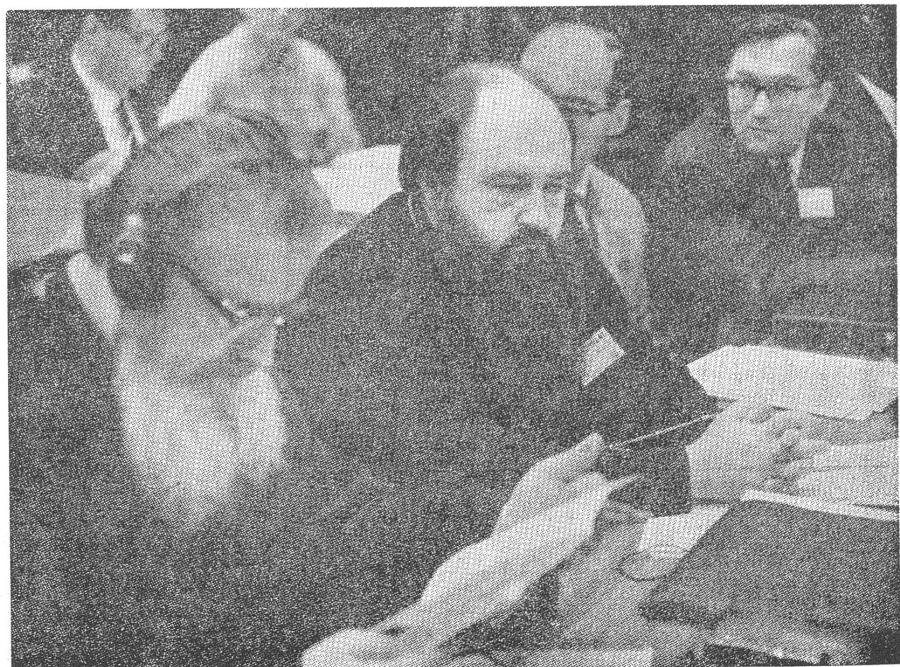
Die Frage nach einer Formel der Uebereinstimmung, die die gemeinsame Zukunft ermöglichen könnte, stand im Mittelpunkt des Gespräches über «Christliche Humanität und marxistischer Humanismus» vom 28. April bis 1. Mai dieses Jahres auf Einladung der Paulus-Gesellschaft in Herrenchiemsee, das mit der Teilnahme von fast 400 führenden Marxisten, Theologen und Wissenschaftlern stattfand. Es wurde zur Diskussion gestellt, ob ein neues Prinzip der Humanität, das von Christen und Marxisten anerkannt werde, der erste Schritt zur Zusammenarbeit sein könne. Der Feststellung von Prof. H. Schäfer, das Christentum bedürfe einer neuen, auf der Grundlage

wissenschaftlicher Erkenntnisse überdachter Anthropologie, stimmte auch Rahner zu. Den Ausführungen von Prof. Helmut Thielicke, der dem Marxismus vorwarf, er verstehe den Menschen lediglich als eine Summe von Eigenschaften mit gesellschaftlichen Funktionen, widersprach auf marxistischer Seite Prof. Gulian, Bukarest. Gulian sagte, dass der Mensch nur in einem verzerrten Vulgar-Marxismus auf das rein Oekonomische und Soziale begrenzt werde. Die Frage nach der Humanität sieht Garaudy dann gelöst, wenn die Marxisten bessere Marxisten und die Christen bessere Christen werden. Abschliessend sagte er wörtlich: «Fünfzehn Jahrhunderte weltlicher Domination haben dem Christentum keinen Erfolg gebracht. Der Marxismus ist eine Flamme der Hoffnung und des Zorns. Ich fürchte, dass Eure grossartige christliche Liebe ohne uns Kommunisten auch weiterhin nicht wirksam sein wird, dass aber ohne Euch Christen auch unser Kampf Gefahr liefe, sich am sternlosen Horizont zu verlieren.»

Päpstliche Stellungnahme

Einige Wochen nach der Tagung von Herrenchiemsee äusserte sich auch Papst Paul VI. zum Marxismus. Er sagte, der Marxismus verleugne die Natur des Menschen. Blindheit zeichne den Atheismus aus; er stimme mit der wissenschaftlichen Erkenntnis über den Kosmos und die Zivilisation nicht überein; seine Auswirkungen seien schwerwiegend. Der Klassenkampf münde in die Unterdrückung der Freiheit und in die Errichtung eines autoritären, im letzten totalitären Systems. Im Namen der Arbeiterschaft, deren Ansprüche man zu vertreten vorgebe, werde ein ideologischer und praktischer Druck ausgeübt. Daraus erwachsen grosse Meinungsverschiedenheiten und schmerzhafte Trennungen.

Fortsetzung auf Seite 5



Delegierte aus Moskau an einer Tagung des Weltkirchenrates vom Juli 1966 in Genf.



Der Moskauer Patriarch Alexius nach der Weihnachtsmesse.

nicht zu erfüllen, am staatlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben im Staate nicht teilzunehmen.

Die sowjetische Gesetzgebung schreibt obligatorisch vor, dass jegliche religiöse Vereinigung, bevor sie ihre Tätigkeit aufnimmt, von den Organen der Staatsgewalt registriert werden muss. Dies wird im Interesse der Gläubigen und des Staates verlangt. Die Registrierung beweist, dass die religiöse Vereinigung eine offizielle Erlaubnis zur Tätigkeit im Rahmen der Gesetze erhielt. Die staatlichen Organe müssen hingegen die Rechte der Gläubigen im Rahmen der religiösen Vereinigungen schützen. Die Ablehnung des Antrages für Registrierung ist nur in dem Falle zulässig, dass die Lehren bzw. die Zeremonien sowie die Kulthandlungen eine Verletzung der Gesetze oder einen Angriff auf Person oder Rechte der Staatsbürger bedeuten.

Die Priester in der Sowjetunion achten in ihrer überwiegenden Mehrheit die Gesetze und halten die von der Regierung erlassenen Massnahmen ein. Man darf aber den Beitrag nicht vergessen, welchen die russische orthodoxe Kirche mit Patriarch Aleksej sowie die übrigen Kirchen der Sowjetunion im Interesse des Kampfes für den Frieden, gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges, für die Festigung der Freundschaft unter den Völkern leisteten.

(Anschliessend werden baptistische Organisationen behandelt, deren gesellschaftsfeindliches Verhalten energische Massnahmen rechtfertige.)

Frage: Inwieweit sind jene Genossen im Unrecht, die der Meinung sind, dass das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der religiösen Verirrungen im Bewusstsein der Menschen das Verbot oder die Beschränkung der Tätigkeit aller religiösen Organisationen im ganzen Lande sei?

Antwort: Es ist seit langem bekannt, dass jegliche Verbote und administrativer Druck unrichtige Kampfmittel gegen die religiöse Ideologie

darstellen. Die atheistische Ueberzeugung wie auch alle übrigen Ueberzeugungen können mit Gewalt nicht aufgedrängt werden. Die Gründe des Marxismus-Leninismus sprachen und schrieben oft darüber. Engels trat oft gegen die Vertreter der extremen Auffassung auf, welche der Meinung waren, der künftige Staat müsse alle Religionen verbieten und alle religiösen Organisationen auflösen. Engels hat sie ausgelacht. Auch Lenin widmete dem Prinzip der Gewissensfreiheit grosse Aufmerksamkeit. Er rief auf, den atheistischen Kampf unter den Gläubigen wissenschaftlich zu führen. Dabei betonte Lenin immer, dass man die Beschimpfung der Religion unter allen Umständen vermeiden müsse. Der Politik des Sowjetstaates gegenüber der Kirche liegt die marxistisch-leninistische Lehre über das Wesen der religiösen Ideologie zu Grunde. Es ist verständlich, dass, solange es in der Sowjetunion Gläubige gibt, der Staat ihnen die Freiheit zur Religionsausübung garantieren muss.

Der ideologische Kampf gegen die Religion darf

die Rechte der Gläubigen nicht beeinträchtigen. Partei und Regierung wiesen mit Recht oft darauf hin, dass in dieser Beziehung keine administrativen Massnahmen zulässig seien. Wenn die Tätigkeit dieser oder jener religiösen Organisationen im Rahmen der sowjetischen Gesetze bleibt, kann sie solange existieren, bis die Gläubigen sie verlassen.

Der Einhaltung der Gesetze über den Religionskult widmet man in letzter Zeit grosse Aufmerksamkeit. Zu Beginn des laufenden Jahres hat die Sowjetregierung die zwei Räte — den Rat für die Angelegenheiten der russisch-orthodoxen Kirche und den Rat für die religiösen Kulthandlungen — vereinigt, und so entstand der einheitliche Rat für Angelegenheiten der Religionen beim Unionsministerrat. Die Rolle und die Verantwortung des Rates bei der Kontrolle über die Einhaltung der sowjetischen Gesetzgebung über die religiösen Kulthandlungen wurde wesentlich erhöht, und ihm wurden dazu auch die notwendigen Rechte zugesichert. ■

Dialog

Fortsetzung von Seite 3

Bei einer anderen Angelegenheit betonte Kardinal König, dass die Einheit Europas nur durch die geistige Ueberwindung des Trennenden, nicht aber durch Gewalt wiederhergestellt werden könne. Auch die Konstitution des Konzils «Die Kirche in der Welt von heute» fordere die Gläubigen und Ungläubigen zur gemeinsamen Gestaltung der Zukunft auf. Der Dialog wird also beiderseits als nützlich und notwendig erachtet, aber dieses Gespräch kam bisher nur auf westeuropäischem Boden, mit Vertretern von westeuropäischen kommunistischen Parteien zustande. Der ostdeutsche Marxist Prof. Havemann erhielt keine Ausreisegenehmigung für die Gespräche der

Paulus-Gesellschaft. Anwesende ungarische, tschechische, bulgarische und rumänische marxistische Philosophen vertraten nur persönliche Ansichten. Moskau, das weiterhin die Priorität im Weltkommunismus beansprucht, sandte keinen Vertreter zum Dialog. Deshalb ist für die gegenwärtige Lage des Dialogs das Wort des österreichischen Publizisten Paul Lendvai zutreffend:

«Furcht vor der Auseinandersetzung mit Christen wäre nicht marxistisch. Sichverschliessen gegen die Marxisten wäre nicht christlich. Dennoch ist es erst ein Anfang; der Dialog steht noch aus. Gleich eine Diskussion mit Marxisten, bei denen gerade jene Parteien fehlen, die an der Macht sind, nicht einer Aufführung von Shakespeares „Hamlet“ ohne den Prinzen von Dänemark?» ■